

# Pressemitteilung

## Arbeitgeber wollen Kürzung der Zusatzrente im öffentlichen Dienst

Das teure Rentenpaket der Bundesregierung mit Mütterrente und abschlagsfreier gesetzlicher Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren ist gerade auf dem Weg. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles verspricht darüber hinaus, die betriebliche Altersvorsorge zu stärken.

Nun kommt der Schlag ins Gesicht: Ausgerechnet in dieser neuen Rentenlandschaft wollten die öffentlichen Arbeitgeber (BMI, TdL und VKA) am 21.05.2014 die bereits seit Ende 2008 geplante **Kürzung der Zusatzrente für Angestellte im öffentlichen Dienst** durchsetzen. Dass die abschlagsfreie Zusatzrente ab 63 Jahren nach 45 Pflichtversicherungsjahren in der VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder) oder einer anderen Zusatzversorgungskasse nicht kommen wird, reicht ihnen nicht. Sie möchten auch das Niveau der erst ab 2002 eingeführten sogenannten Punkterente massiv senken.

Nachdem die Mathematiker Dr. Friedmar Fischer und Werner Siepe bereits frühzeitig vor der **Kürzung dieser Punkterente**<sup>1</sup> warnten (siehe unter [www.startgutschriften-arge.de](http://www.startgutschriften-arge.de)) und dies auch in ihrem beim dbb verlag 2010 erschienenen Buch „Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst“ ausführlich begründeten, sind nun auch die Gewerkschaften ver.di, GEW und dbb tarifunion endlich aufgewacht.

„**Zusatzrente in Gefahr**“<sup>2</sup>, titelt die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), die insbesondere die Interessen der angestellten Lehrer vertritt, in ihrem Flugblatt vom 28.5.2014. Sie spricht von einem Eklat, da die Tarifverhandlungen vom 21.05.2014 zur Zusatzversorgung von Arbeitgeberseite kurzerhand abgebrochen und auch ein bereits für Juni vereinbarter Termin abgeblasen wurden. In einem Spitzengespräch soll nun eine Lösung gefunden werden, auf die man gespannt sein kann.

Die **Argumente der öffentlichen Arbeitgeber für eine Leistungskürzung** in der Zusatzversorgung, die unter den Stichworten „Rechnungszins“ und „Biometrie“ laufen, sind indes nicht stichhaltig. Gesunkene Kapitalmarktzinsen spielen beispielsweise bei der umlagefinanzierten Zusatzrente der VBL, der es finanziell glänzend geht, keine Rolle. Die längere Lebenserwartung wird bereits mit der schrittweisen Erhöhung der Regelaltersgrenze bis auf 67 Jahre ab Jahrgang 1964 berücksichtigt.

Ganz offensichtlich wollen die öffentlichen Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden nur Geld auf Kosten der Angestellten im öffentlichen Dienst sparen. Der finanzielle Abstand in der Altersversorgung von Angestellten im öffentlichen Dienst und Beamten würde dadurch noch größer, als er zurzeit bereits ist. Ein aktueller Standpunkt von Fischer/Siepe zum „**Streit über Kürzung der Zusatzrente**“ ist unter [www.startgutschriften-arge.de](http://www.startgutschriften-arge.de) abrufbar.

Wiernsheim und Erkrath, 02.06.2014

Dr. Friedmar Fischer

Werner Siepe

---

<sup>1</sup> [http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP\\_Kuerzung\\_Punkterente.pdf](http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP_Kuerzung_Punkterente.pdf)

<sup>2</sup> [http://www.gew-tarifrunde-tvoed.de/Binaries/Binary113519/GEW\\_Tarifinfo\\_TVoeD\\_5\\_06\\_2014\\_web.pdf](http://www.gew-tarifrunde-tvoed.de/Binaries/Binary113519/GEW_Tarifinfo_TVoeD_5_06_2014_web.pdf)